

# Auch künftig keine Maut am Gotthard

**BERN.** Für die Befahrung des Gotthard-Strassentunnels soll auch in Zukunft keine Gebühr erhoben werden. Das hat der Bundesrat entschieden. Eine Maut hätte aus seiner Sicht zu viele Nachteile.

MICHAEL BRUNNER

Bereits im Sommer hatte der Bundesrat entschieden, dass eine zweite Gotthard-Strassenröhre gebaut werden soll (siehe unten links). Unklar war bisher, wie er die erwarteten Kosten von 2,8 Milliarden Franken dafür decken will. Gestern nun legte er sich fest: Die nötigen Gelder sollen aus der ordentlichen Strassenkasse für Unterhalt kommen. Damit sprach er sich gegen eine spezielle Tunnelmaut am Gotthard aus.

Noch im Sommer hatte Verkehrsministerin Doris Leuthard mit einer solchen Maut geliebäugelt. Und diese hätte auch dem Zeitgeist entsprochen, wonach alle Verkehrsteilnehmer ihre Kosten möglichst direkt decken sollten. Doch nun zeigt sich der Bundesrat in der Vernehmlassungsvorlage zur zweiten Gotthardröhre sehr skeptisch. Er verweist darauf, dass in der Schweiz Strassengebühren nur ausnahmsweise zulässig seien und dass es heute nur für den Grenztunnel durch den Grosse Sankt Bernhard Gebühren gebe. Für die Landesregierung sprechen vor allem drei Gründe gegen eine Maut:

■ **Nachteil Tessin:** Eine Gebühr nur am Gotthard benachteilige das Tessin gegenüber anderen Regionen.

■ **Verlagerungseffekt:** Eine Gebühr nur am Gotthard könnte dazu führen, dass Verkehrsteilnehmer auf andere Alpenübergänge ausweichen.

■ **Problem Schwerverkehr:** Bei Gebühren für Lastwagen sind der Schweiz die Hände gebunden. Gemäss dem Land-

verkehrsabkommen mit der EU darf eine Lastwagenfahrt quer durch die Schweiz um 325 Franken verteuert werden. Bis heute schöpft die Schweiz diesen Spielraum zwar nicht voll aus, weshalb eine Maut von 39 Franken möglich wäre. Soll die Maut höher sein, müsste aber die LSVA gesenkt werden. Und weil davon auch Lastwagen profitieren würden, die nicht durch den Gotthard fahren, ginge mehr Geld verloren, als durch die Maut gewonnen würde.

## «Geld ist nicht das Problem»

Bei einem Nein zur Maut ist aus Sicht des Bundesrates wohl auch die Idee einer Public Private Partnership (PPP) vom Tisch. Er hätte mit einer Gebühr zumindest theoretisch die Möglichkeit gesehen, Bau, Betrieb und Unterhalt im Sinne von PPP an eine private Unternehmung auszulagern. Heinz Gut, Geschäftsführer von PPP Schweiz, will aber noch nicht aufgeben. «Auch ohne Maut wäre eine Partnerschaft zwischen Staat und Privaten am Gotthard möglich.» Beim Bau liessen sich mittels PPP massive Kostenüberschreitungen wie etwa bei der Neat vermeiden. «Deshalb sollte PPP zumindest seriös geprüft werden.»

Wenig von Maut und PPP hält Markus Hutter (FDP, ZH), Präsident der nationalrätlichen Verkehrskommission und Befürworter einer zweiten Röhre. Das Geld sei beim Bau der zweiten Gotthardröhre nicht das Problem. «Es ist eine politische Frage, ob man diesen Ausbau will oder nicht.»



Die Fahrt durch den Gotthard wird auch künftig «gratis» sein – zumindest wenn es nach dem Willen des Bundesrates geht. Bild: key

## GOTTHARD: NICHT MEHR KAPAZITÄT

Bereits im Juni hatte der Bundesrat entschieden, für die anstehende Sanierung des Gotthard-Strassentunnels zwischen 2020 und 2025 eine zweite Röhre bauen zu wollen. Gestern nun präsentierte er die Vernehmlassungsvorlage dazu. Darin bekräftigt er seine Absicht, wonach im Gesetz verankert werden soll, dass am Gotthard mit einer zweiten Röhre nur eine Fahrspur pro Richtung zur Verfügung steht. Damit will der Bundesrat die Zweifel ausräumen, dass nach der Sanierung der alten Röhre die Kapazität gesteigert wird. Die Gegner überzeugt dies nicht. Die SP machte gestern klar, dass sie die zweite Gotthardröhre mit allen Mitteln bekämpfen wird, nötigenfalls auch mit einem Referendum. (mbr/sda)

## Breite Unterstützung für Ausbau der Gotthardlinie

Der 4-Meter-Korridor auf der Gotthardachse bis ins Jahr 2020 wird immer wahrscheinlicher. Der Vorschlag des Bundesrats stösst auf breite Zustimmung – trotz Investitionskosten von 940 Millionen Franken. Morgen geht die Vernehmlassung zu Ende. Für die SBB ist der Ausbau der Bahnstrecke «eine entscheidende Voraussetzung, um den Marktanteil der Schiene im alpenquerenden Güterverkehr zu erhöhen». Jedoch geben sie in ihrer Vernehmlassungsantwort zu bedenken, dass das Verlagerungsziel des Bundes auch mit dem Korridor nur dann eingehalten werden kann, wenn die Gewichtslimiten sowie das Nacht-

und Sonntagsfahrverbot für Lastwagen aufrechterhalten werden.

Der Bundesrat will im Hinblick auf die Eröffnung des Gotthard- und Ceneri-Basistunnels 2016/17 den Schienekorridor Basel–Chiasso durchgängig für den Transport von Lastwagen mit 4 Metern Eckhöhe ausbauen. Damit soll das Potenzial der Neat-Bauten voll ausgeschöpft werden. Laut SBB ist dies ein klares Signal an die Nachbarländer: «Ohne die Ausbauten in Deutschland und Italien kann der 4-Meter-Korridor seine Wirkung nicht entfalten.» Deshalb sei es auch richtig, dass die Schweiz dem südlichen Nachbarland beim Ausbau der Neat-Zu-

fahrt am Gotthard finanziell unter die Arme greife. Verkehrsministerin Doris Leuthard und der zuständige italienische Minister Corrado Passera hatten am Montag eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Darin ist festgelegt, dass sich der Bund an den Arbeiten auf italienischer Seite finanziell beteiligen kann. Konkret soll Italien 230 Millionen Franken als zinsvergünstigtes Darlehen erhalten.

Der 4-Meter-Korridor wird auch von anderen ÖV-Vertretern unterstützt. Pro Bahn Schweiz stimmt dem Vorhaben ebenso zu wie der Verband öffentlicher Verkehr (VöV). Für Letzteren sind «zusätzliche Kapazitäten

im Transport von Sattelaufliegern auf beiden Alptransitachsen zentral». Auch bei den Parteien dürfte die Zustimmung für den Ausbau des Schienekorridors gross sein. Das Parlament hatte bereits im September 2011 mit einer Motion den 4-Meter-Ausbau der Gotthard-Zufahrtsstrecken gefordert. «So werden die Voraussetzungen für eine wirksame und nachhaltige Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene geschaffen», teilte die FDP mit. Anders die SVP. Sie unterstützt den 4-Meter-Korridor und den Ausbau der Zufahrtsstrecken zum Gotthard, lehnt aber die vorgeschlagene Finanzierungslösung klar ab. (sda)

## IN KÜRZE

### 966 Betten bis Mitte 2013

**BERN.** Das Verteidigungsdepartement (VBS) kann dem Bund für Asylsuchende bislang 530 Plätze in fünf Unterkünten zur Verfügung stellen. Gefordert hatte die Regierung im März 2000 Plätze. Bis Mitte 2013 sollte das VBS total 966 Plätze vorweisen können. Wegen der dringlichen Beschlüsse bei der Asylgesetzrevision, welche Kantone und Gemeinden entmachtete und dem Bund erlaubt, ohne deren Genehmigung Unterkünte zu benennen, hat sich die Situation für das VBS entschärft.

### Anti-Koran-Initiative ungültig

**WEINFELDEN.** Der Thurgauer Grosse Rat hat gestern die Volksinitiative «Gegen frauenfeindliche, rassistische und mörderische Lehrbücher», die sogenannte Anti-Koran-Initiative, mit grosser Mehrheit für ungültig erklärt. Das ist eine Premiere im Thurgau. Die Umsetzung könnte zu uferlosen politischen, juristischen und religiösen Diskussionen führen, begründete der Präsident der vorberatenden Kommission, Andrea Vonlanthen, den Entscheid. (sda)

## Festhalten an umstrittenen Sparplänen

**BERN.** Der Bundesrat will den Bundeshaushalt ab 2014 um 700 Millionen jährlich entlasten. Grösster Posten ist eine tiefere Verzinsung der IV-Schulden.

Der Bundesrat will ab 2014 jährlich 700 Millionen Franken einsparen. Gestern hat er die Botschaft zum Sparpaket verabschiedet. Ob die Pläne sich so umsetzen lassen, ist offen. In der Anhörung waren sie von allen Seiten kritisiert worden. Der Bundesrat schreibt dazu in der Botschaft, der Widerstand verteile sich praktisch gleichmässig auf fast alle Massnahmen. Daraus schliesse er, dass das Paket relativ ausgewogen sei. Der Bundesrat ist denn auch grösstenteils bei seinen ursprünglichen Vorschlägen geblieben. Sparen will er in allen Departementen, wobei der grösste Sparposten die AHV betrifft: Die Schulden der IV beim AHV-Fonds, die der Bund übernommen hat, sollen nur noch zu einem statt zu zwei Prozent

verzinst werden. Mit dieser Massnahme würde der Bundeshaushalt um 142 Millionen Franken pro Jahr entlastet. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates hat sich allerdings bereits dagegengestellt.

### Verzicht auf Presseförderung

Besonders umstritten ist ausserdem der geplante Verzicht auf die indirekte Presseförderung. Heute gewährt die Post der Presse Ermässigungen für den Transport von Zeitungen und Zeitschriften. Der Bund gilt die Leistungen der Post mit jährlich 50 Millionen Franken ab. Erst vor Kurzem hat das Parlament die Subvention erhöht, ab 2015 will der Bundesrat nun darauf verzichten. Der Nutzen der indirekten Presseförderung für eine vielfältige Medienlandschaft sei gering, schreibt er in der Botschaft. Sie benachteilige andere Vertriebskanäle und wirke wettbewerbsverzerrend.

Sparen will der Bundesrat auch bei den Beiträgen für die Universitäten –

obwohl das Parlament im Herbst die Gelder aufgestockt hat. Geht es nach dem Bundesrat, sollen die Grundbeiträge um ein Prozent gekürzt werden, was jährliche Einsparungen zwischen 7 und 8 Millionen Franken bringt. Wegen der jüngst erfolgten Aufstockung lägen die Bundesbeiträge trotz der Kürzung noch über dem, was der Bund mit den Kantonen vereinbart habe, hält der Bundesrat fest.

### Weniger Direktzahlungen

Zu reden geben dürften ferner die geplanten Kürzungen bei den Direktzahlungen. Das Parlament hat die Vorlage zur Agrarpolitik, die 2,8 Milliarden Direktzahlungen pro Jahr vorsieht, noch nicht zu Ende beraten. Dennoch schlägt der Bundesrat bereits eine Kürzung um jährlich 50 Millionen vor. Auch die Entwicklungshilfe will der Bundesrat nicht verschonen, obwohl das Parlament beschlossen hat, die Ausgaben auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. (sda)

## ZAHL DES TAGES

2393

Der Bundesrat hat in diesem Jahr Beschlüsse zu 2393 Anträgen gefällt. Dazu führte er 39 ordentliche Sitzungen durch, die total 121 Stunden dauerten – im Schnitt also rund drei Stunden. Zusätzlich fanden je vier Klausur- und ausserordentliche Sitzungen statt.

Von den 2393 Beschlüssen entfiel der grösste Teil auf Antworten der Regierung auf parlamentarische Vorstösse. Es waren deren 1281, wie Bundesratssprecher André Simonazzi gestern in einer Jahresbilanz ausführte. In 130 Fällen überwies die Regierung Botschaften oder Berichte an das Parlament. Zusätzlich beantworteten die Bundesräte 527 Fragen in den Fragestunden des Nationalrats, nahmen von 367 Informationsnotizen Kenntnis und führten 97 Aussprachen. Eine Sitzung hielt der Bundesrat nicht im Bundeshaus ab, sondern in Schaffhausen. (sda)